Die Bekanntmachung über Höchstpreise für Metalle vom 31. Juli 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 865) tritt mit sofortiger Wirkung außer Kraft.

Berlin, den 27. November 1918.

Der Reichskanzler

In Vertretung

Dr. August Müller

(Nr. 6559) Bekanntmachung, betreffend die Außerkraftsetzung der Bekanntmachung über Preisbeschränkungen bei metallischen Produkten vom 31. Juli 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 868). Vom 27. November 1918.

Auf Grund von § 5 der Bekanntmachung über Preisbeschränkungen bei metallischen Produkten vom 31. Juli 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 868) wird bestimmt:

Die Bekanntmachung über Preisbeschränkungen bei metallischen Produkten vom 31. Juli 1916 (Reichs-Gesetzbl. S. 868) tritt mit sofortiger Wirkung außer Kraft.

Berlin, den 27. November 1918.

Der Reichskanzler

In Vertretung

Dr. August Müller

(Nr. 6560) Verordnung über Zusammensetzung und Geschäftsgang der Kommission zur Untersuchung der Anklagen wegen völkerrechtswidriger Behandlung der Kriegsgefangenen in Deutschland. Vom 30. November 1918.

§ 1

Die Verhandlungen der Kommission sind öffentlich. Die Kommission ist beschlußfähig, wenn mindestens zwei Drittel der Mitglieder anwesend sind.

§ 2

Die Kommission hat das Recht, Abteilungen (Spruchkammern) einzusetzen, die aus drei Mitgliedern bestehen. Die Geschäftsverteilung unter den Spruch-

kammern wird vom Vorsitzenden der Kommission geregelt. Nach Maßgabe des Bedürfnisses können Berichterstatt. r berufen werden, die die Befähigung zum Richteramte besitzen.

§ 3

Gegenstand der Untersuchung und Verhandlung bildet das dem Vorsitzenden durch das Auswärtige Amt übermittelte Beschwerdematerial der gegnerischen Regierungen. Die Kommission wird den beglaubigten Vertretern der gegnerischen Regierung gestatten, an den öffentlichen Sitzungen der Kommission teilzunehmen.

§ 4

Die Spruchkammern haben das Recht, Zeugen und Sachverständige nach Maßgabe der Vorschriften der Strafprozeßordnung zu laden, eidlich zu vernehmen und die Einnahme des Augenscheins anzuordnen.

§ 5

Gerichte und sonstige Behörden sind verpflichtet, der Kommission und deren Spruchkammern auf Erfordern Rechtshilfe zu leisten. Derartige Ersuchen sind von den angegangenen Gerichten mit der für Strafsachen üblichen besonderen Beschleunigung zu erledigen.

§ 6

Sämtliche Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden sind gehalten, dem Vorsitzenden der Kommission die für die Verhandlungen der Spruchkammern notwendigen aktenmäßigen Grundlagen auf Ansuchen zu verschaffen sowie Auskunft über sämtliche Vorgänge zu erteilen.

§ 7

Auf die Leitung und die Durchführung der Verhandlungen finden die Vorschriften der Strafprozeßordnung sinngemäße Anwendung.

§ 8

Die Spruchkammern und die Gesamtkommission haben den Tatbestand aufzuklären. Stellen sie eine strafbare Handlung fest, so geben sie die Angelegenheit an die zuständigen Gerichte ab. Bei Disziplinarvergehen oder ähnlicher völkerrechtswidriger Behandlung der Kriegsgefangenen hat die Spruchkammer und die Gesamtkommission die Befugnis, den Schuldigen durch Urteil aus dem Heere ohne Pension auszustoßen. Der Kriegsminister hat das Urteil zu vollziehen.

§ 9

Gegen das Urteil einer Spruchkammer steht dem Verurteilten die Beschwerde an die Gesamtkommission zu.

§ 10

Zum Sitz der Kommission wird Berlin (Reichsmilitärgericht) bestimmt.

§ 11

Gegenwärtige Verordnung tritt mit dem Tage ihrer Veröffentlichung in Kraft.
Berlin, den 30. November 1918.

Für den Rat der Volksbeauftragten

Ebert

Haase

(Nr. 6561) Bekanntmachung zur Abänderung der Bekanntmachung über örtlichen Bereich und Sitz der Herstellungs- und Vertriebsgesellschaften in der Schuhindustrie vom 24. März 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 274). Vom 30. November 1918.

Auf Grund der Ermächtigung durch die Reichsregierung sowie auf Grund des Artikel II § 1 der Verordnung über die Errichtung von Herstellungs- und Vertriebsgesellschaften in der Schuhindustrie vom 17. März 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 236) wird folgendes bestimmt:

Artikel I

Im Artikel I § 1 der Bekanntmachung über örtlichen Bereich und Sitz der Herstellungs- und Vertriebsgesellschaften in der Schuhindustrie vom 24. März 1917 (Reichs-Gesetzbl. S. 274) Ziffer 8 werden die Worte „in Pirmasens“ ersetzt durch die Worte „in Landau“.

Artikel II

Die Bestimmung tritt sofort in Kraft.

Berlin, den 30. November 1918.

Der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamts

Dr. August Müller